

Projekt Habitat II: Umsetzung der Ziele und Prinzipien der Habitat-Agenda von Istanbul 1996 in die Gesetzgebung

Internationaler Workshop in Berlin am Habitat-Tag 2008

Am Montag, dem 6. Oktober 2008 war der Welt-Habitat-Tag. Der Tag soll dazu beitragen, die Prinzipien der Habitat Agenda von Istanbul 1996 in Erinnerung zu rufen und damit ihre Umsetzung fördern. Die beiden Leitprinzipien der Habitat Agenda sind:

ADEQUATE SHELTER FOR ALL – Angemessene Unterkunft für Alle

SUSTAINABLE SETTLEMENT DEVELOPMENT – Nachhaltige Siedlungsentwicklung.

Der deutsche Beitrag zum Welt-Habitat Tag bestand u. a. in einem internationalen Erfahrungsaustausch mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen eines Expertenworkshops an der TU Berlin. An dem Workshop – der Bestandteil einer Konferenzreihe des Projektes Habitat II ist - nahmen Vertreter aus Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen teil. Das Projekt initiierte der Abgeordnete Peter Götz MdB. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung förderte über den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung das Projekt.

Der Workshop kam u. a. zu folgenden Ergebnissen:

- Grundsätzlich ist jedermann aufgefordert, in eigener Initiative Wohnraum zu finden und Wohnraum für sich und seine Familie schaffen; Menschen mit niedrigem oder ohne eigenes Einkommen bedürfen dabei der finanziellen und organisatorischen Hilfe des Staates.
- In den Bereichen Wohnungsbau und Stadtentwicklung ist die öffentliche Hand auf die Kooperation mit der Privatwirtschaft angewiesen. Je knapper das Geld in den öffentlichen Kassen desto notwendiger sind private Initiativen in Übereinstimmung mit öffentlichen Zielsetzungen.
- Voraussetzungen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung sind Stärkung des öffentlichen Bewusstseins und sachgerechte Information. Ein gutes Beispiel ist Lettland, das die Bewusstseinsbildung im Umweltschutz durch verpflichtend zu belegende Kurse in der akademischen Ausbildung verankert hat. Alle Lehrkräfte müssen ebenfalls entsprechende Kurse zum Umweltschutz als Bestandteil ihrer Ausbildung absolvieren. Die sachgerechte Information kann über die ökologische Kennzeichnung von Produkten erfolgen, z.B. über den Energie- oder Ressourcenverbrauch bzw. den CO₂-Ausstoß während der Produktion.
- „Public Health“ – ein Ansatz zur Erhaltung der Gesundheit jedes einzelnen, bevor er oder sie krank wird – muss stärker gefördert werden. Rauchverbote allein genügen nicht.

- Bürgerschaftliche Selbsthilfe und die Zivilgesellschaft sind in kleinen Staaten leichter zu aktivieren als in größeren. Die baltischen Staaten sind dafür ein gutes Beispiel. In Estland gelang es z.B., an einem Tag 50.000 Freiwillige zum Sammeln von Müll in der Landschaft zu gewinnen. Alle zwei Jahre gibt es einen „Tag der freiwilligen Helfer“. Freiwilligkeit verdient Förderung; tatenloses Herumsitzen sollte nicht gefördert werden.
- Auch in Europa können Kleinkredite erhebliche Initiativkräfte freisetzen. Kommunale Kreditanstalten – z.B. die deutschen Sparkassen – sollten zu stärkeren Aktivitäten in diese Richtung ermuntert werden.
- Insbesondere die Energiepolitik sollte auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Dies bedeutet:
 - öffentliche Unterstützung der Energieeinsparung, z.B. durch Steuerung der Siedlungsentwicklung durch räumliche Planung und Energiepässe für Häuser;
 - öffentliche Förderung der Erzeugung regenerativer Energie, z.B. durch Flächenbereitstellung durch Bauleitplanung und
 - Anreize zur Nutzung regenerativer Energien.
 Im Bereich der regenerativen Energien nimmt Deutschland eine Vorbildfunktion ein.

Projektleitung

Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V., Berlin

Auftragnehmer

Plan und Recht GmbH, Berlin
Prof. Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt
Dipl.-Ing. Thomas Zimmermann